

Geschäftszahlen:
BMK: 2024-0.410.614
BMAW: 2024-0.412.734

102/6
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Made-in-Europe-Bonus: Höhere Förderung für Photovoltaikanlagen bei Mindestanteil an europäischen Komponenten

Der Ausbau der Photovoltaik (PV) hat im Jahr 2023 in Österreich und in Europa einen neuen Rekord erreicht. Aktuell erhöhen jedoch billige Importe von PV-Komponenten aus asiatischen Ländern den Druck auf die Produzenten in ganz Europa. Zukünftig soll die Verwendung europäischer Komponenten beim Ausbau von PV-Anlagen daher stärker gefördert werden.

Im April 2024 haben sich die Europäische Kommission sowie 22 europäische Energieministerinnen und Energieminister mit Unterzeichnung der Solar-Charta dazu bekannt, die europäische PV-Produktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu erhalten bzw. zu stärken. Auch Österreich hat diese unterzeichnet und bringt sich bei verschiedenen aktuell laufenden Initiativen für eine starke europäische PV-Wertschöpfungskette, die zur Energiesouveränität der EU beitragen und den raschen Übergang zur Klimaneutralität unterstützen, aktiv ein.

Mit dem Net-Zero Industry Act gibt es auf EU-Ebene zusätzliche regulatorische Überlegungen zur Stärkung der Produzenten im Bereich der Erneuerbaren Energien durch Kriterien bei der Fördervergabe. Als Bundesregierung wollen wir auch die in Österreich zur Verfügung stehenden Mittel bestmöglich nutzen, um die regionale und europäische Wertschöpfung zu erhöhen und einen fairen Wettbewerb zu garantieren.

Als nationale Maßnahme soll daher der „Made in Europe-Bonus“ im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) eingeführt werden. Konkret sollen Förderwerbende bei Investitionsförderungen für Photovoltaikanlagen nach dem EAG zukünftig von einem Zuschlag von bis zu 20% der Förderhöhe profitieren, wenn sie nachweisen können, dass für das Projekt ein entsprechender Anteil von Komponenten aus europäischer Erzeugung

verwendet wurde. Der erhöhte Fördersatz in Form eines Investitionszuschlages für technische Komponenten mit europäischer Wertschöpfung leistet einen Beitrag, die Abhängigkeit von Drittstaaten im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu verringern, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und somit die ökonomische Resilienz und Wirtschaftskraft Europas zu stärken.

Als Vorreiter im Bereich Technologie bekommt die österreichische Wirtschaft durch diese Maßnahme enorme Chancen: Insbesondere Unternehmen in den Bereichen Elektronik, Halbleitertechnologie, glas- und metallverarbeitende Industrie, Digitalisierung und Software sowie innovative Handwerksbetriebe können sich verstärkt in diesem Markt positionieren. So trägt die Energiewende auch zu einer hohen heimischen Wertschöpfung und der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze bei.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den beiliegenden Gesetzesentwurf, mit dem das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz geändert wird, samt Erläuterungen, Textgegenüberstellung und Wirkungsfolgenabschätzung genehmigen und diesen dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung weiterleiten.

5. Juni 2024

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister